

- 5.1.2 Zukunftsprogramm 2019
Vorlage: 14/SVV/1090
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR
- 5.1.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für
das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: 14/SVV/1045
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR
- 5.1.4 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der
Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 14/SVV/1044
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
KOUL, SBV, HA, OBR
- 5.1.5 "Nette Toilette"
Vorlage: 14/SVV/0928
Fraktion DIE LINKE
HA
- 5.1.6 Atelierprogramm
Vorlage: 14/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE
KW, HA
- 5.2 Beschlussvorlage
- 5.2.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche
Vorlage: 14/SVV/1058
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 2 Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"
Vorlage: 14/SVV/1059
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 3 Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1060
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben
Vorlage: 14/SVV/1061
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 5 Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1062
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer: 6 Tierheim fördern
Vorlage: 14/SVV/1063
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 5.2.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 7 Radfahren attraktiv und sicher machen
Vorlage: 14/SVV/1064
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 8 Erhalt und Förderung des 'Extavium'
Vorlage: 14/SVV/1065
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr
Vorlage: 14/SVV/1066
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 10 Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen
Vorlage: 14/SVV/1067
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 11 Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen
Vorlage: 14/SVV/1068
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 12 Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)
Vorlage: 14/SVV/1069
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten
Vorlage: 14/SVV/1070
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 14 Hort- und Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung
Vorlage: 14/SVV/1072
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: 14/SVV/1073
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 16 Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Potsdamer Schulen
Vorlage: 14/SVV/1074
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord
Vorlage: 14/SVV/1075
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18 Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1076
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -

- Nummer 19 Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'
Vorlage: 14/SVV/1077
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.2.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 20 Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden
Vorlage: 14/SVV/1078
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung zur 5. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung vom 14.01.2015

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Ausschussmitgliedern bzw. stellvertretende Mitglieder des Finanzausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Ausschussvorsitzende folgende Änderungen vor:

Es soll ein Tausch der Tagesordnungspunkte 3 (Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam) und 4 (Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Potsdam) erfolgen.

Weiterhin schlägt er eine Zusammenlegung der Tagesordnungspunkte 3 (Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam) 5.1.1. (Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahr 2015/2016) und Punkt 5.1.2. (Zukunftsprogramm 2019) vor.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3

Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner führt die Gesamtfehlbeträge des Entwurfes zum Doppelhaushalt 2015/2016 aus.

In 2015 Gesamtfehlbetrag laut Plan: 2,7 Mio. Euro

In 2016 Gesamtfehlbetrag laut Plan: 0,8 Mio. Euro.

Nach den neusten Orientierungsdaten des Landes verschlechtert sich der Gesamtfehlbetrag der Landeshauptstadt Potsdam weiterhin. Dieses ist auf sinkende Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.

Neues Defizit:

2015: 7,3 Mio. Euro

2016: 3,1 Mio. Euro

Somit kann keine „schwarze Null“ im Jahr 2016 mehr erreicht werden.

Herr Weber möchte erfahren, wie die LHP gedenkt das „Loch“ zu füllen. Herr Exner sieht im Moment keine weitere Möglichkeit mehr Einnahmen zu generieren. Die Einkommens- und Gewerbesteuer kann diesen Fehlbetrag nur teilweise kompensieren. Er verweist auf eine weitere Anhebung des Hebesatzes für die Grundstückssteuer.

Herr Heuer weist darauf hin, dass Potsdam derzeit einen **Schuldenstand** von rund 84 Mio. Euro hat. Rechnet man die Kreditaufnahme des KIS (133 Mio. Euro) sowie den Schulentwicklungsplan (160 Mio. Euro) dazu, kommt man zukünftig auf einen Gesamtschuldenstand von 300 Mio. Euro.

Herr Exner erwidert, dass der derzeitige Schuldenstand 1.800 Euro/ Einwohner in 2018 betragen werde. Diesen hohen Schuldenstand gilt es zu minimieren. Jedoch sind zurzeit nicht genügend Eigenmittel vorhanden um Investitionskredite zu verhindern.

Herr Hintze fragt nach der Steuerbelastung je Bürger?

Da die Landeshauptstadt Potsdam selbst nicht alle Steuerarten erhebt, kann dazu keine Aussage getroffen. Jedoch ist Potsdam bei der Grundsteuererhebung mit durchschnittlich 123 Euro/ Bürger am untersten Rand im Vergleich mit anderen Städten. Nach der Anhebung des Hebesatzes wäre man bei 131 Euro/ Bürger.

Herr Schüler fragt nach in wie fern die Rückstellungen im Haushaltsplan schon eingearbeitet seien.

Herr Exner führt aus, dass die Rückstellungen erst mit den Jahresabschlussarbeiten gebildet werden.

Herr Wellmann fragt, ob es aufgrund der neuen Orientierungsdaten einen neuen Haushaltsplan gibt.

Herr Exner erwidert, dass u.a. eine Änderungsliste der Verwaltung erstellt wird, in der sämtliche neue Sachverhalte berücksichtigt werden.

zu 4 Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Potsdam
Selbstbefassungsrecht

Der Ausschussvorsitzende erteilt Frau Müller-Preinesberger (GBL3 – Soziales, Gesundheit und Ordnung) das Wort.

Frau Müller-Preinesberger führt aus, dass der Druck auf die Landeshauptstadt Potsdam zur Aufnahme von Flüchtlingen durch das Land Brandenburg immer höher wird. Derzeit beträgt die Aufnahmequote auch für das Jahr erneut ca. 400 Personen. Zur Sicherheit geht die LHP in ihrer Planung von einer Quote von 450 aus.

Die erste Unterkunft für Flüchtlinge ist eine Gemeinschaftsunterkunft. Derzeit gibt es 6 bereits genutzte Gemeinschaftsunterkünfte, 5 weitere sind in der Umsetzungsplanung. Das Land bezuschusst einmalig die Schaffung neuer Gemeinschaftsunterkunftsplätze in Höhe von 2.300 Euro pro Platz.

Frau Müller-Preinesberger führt die Kosten der Unterkunft der Gemeinschaftsunterkünfte aus:

Kosten der Unterkunft:

- „An der alten Zauche“ 15 Euro
- „Hegelallee“ 11 Euro
- „Dortustraße“ 14 Euro
- „Lerchensteig“ 20 Euro
- „Alte Feuerwache“ 54 Euro - Notunterkunft
- „Horstweg“ 15 Euro

Nicht eingerechnet sind hier die Kosten für die begleitende Sozialarbeit und Bewachungskosten.

Der Modulbau im „Lerchenweg“ hat sich aufgrund der hohen Nachfrage nach Containern verteuert. Die Beschaffungskosten sind noch nicht abschließend ermittelt.

Die „Alte Feuerwache“ musste aufgrund von hohem Druck durch das Land als Notunterkunft eingerichtet werden (die Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt war und ist überbelegt). Aufgrund der vergleichsweise geringen Standards wurde ein Mietvertrag nur für 5 Monaten abgeschlossen. Da die derzeit in der Umsetzungsplanung befindlichen Standorte teilweise im 1. Quartal aktiviert werden können, soll dieser Standort spätestens zum 30.4.2015 aufgegeben werden.

Bei Wohnungsverbänden handelt es sich um einzelne Wohnungen, die den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden, allerdings ohne eigenen Mietvertrag und mit entsprechender sozialarbeiterischer Betreuung.

Kosten der Unterkunft:

- „Haeckelstraße“: 13 Euro
- „Staudenhof“: 7 Euro
- „Grotrianstraße“: 15 Euro

Um die investiven Zuschüsse vom Land für den einzelnen Platz zu erhalten, ist entscheidend, dass das Land die Wohnverbände als Gemeinschaftsunterkünfte anerkennt.

Für die laufenden Kosten (Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,

Kosten der Unterkunft, Betreuungskosten und Kosten der Krankenhilfe) erhält die LHP pro Flüchtling jährlich 9011,00 €.

Herr Linke möchte wissen, welche Zusatzkosten bei den Wohnungsverbänden gegenüber den Gemeinschaftsunterkünften entstehen.

Frau Müller-Preinesberger erwidert, dass Wachschutzkosten genauso wie bei Gemeinschaftsunterkünften anfallen. Diese sind bei Wohnungsverbänden je Flüchtling höher als bei Gemeinschaftsunterkünften. Dies ist auf die Anzahl der Plätze zurückzuführen. Beispielsweise ist der Wachschutz für 100 Personen in der GU genauso teuer wie für eine 50'er Unterkunft, anteilig erhöhen sich die Kosten pro Platz.

Ansonsten fallen alle Kosten bei Wohnungsverbänden an wie bei Gemeinschaftsunterkünften.

Herr Prof. Dr. Meyerhöfer führt aus, dass das Land eine zeitliche Obergrenze zur Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften von einem Jahr vorsieht. Man sollte diese auch als Obergrenze in Potsdam beibehalten.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass es kein Gesetz sondern eine Empfehlung zur zeitlichen Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften gebe. Vielmehr habe sich Potsdam den – nicht beschlossenen - Empfehlungen des Landtages sowohl hinsichtlich der Quadratmeterflächen, dem Betreuungsschlüssel und der Dauer der Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft angeschlossen. Jedoch bietet der Wohnungsmarkt in Potsdam nicht genügend Möglichkeiten um Flüchtlinge innerhalb eines Jahres in geeigneten Wohnungen unterzubringen. Außerdem ist zu bedenken, dass nicht jeder Flüchtling ein Wohnungsangebot annimmt. In einigen Fällen haben Flüchtlinge Angst allein zu wohnen und bevorzugen weiterhin die gewohnten Gemeinschaftsunterkünfte.

Herr Prof. Dr. Meyerhöfer merkt an, dass das Wohnberechtigungsverfahren in der Landeshauptstadt Potsdam für Flüchtlinge schwierig sein könne.

Frau Müller-Preinesberger erwidert, dass es in Potsdam Sozialarbeiter mit migrantenspezifischem Hintergrund gebe, die sich um die Flüchtlinge kümmern.

Entsprechend den angesprochenen Empfehlungen ist in der LHP derzeit ein Sozialarbeiter für 80 Flüchtlinge, bei traumatisierten für 40, zuständig. Dieser Schlüssel kann nur in Gemeinschaftsunterkünften gehalten werden. Bei Unterbringung in Einzelwohnungen würde sich dieser Schlüssel zu derzeitigen Kosten nicht halten lassen können.

Trotz Gemeinschaftsunterkünften ist Potsdam bemüht allen Flüchtlingen eine größt mögliche Persönlichkeitsphäre zu gewähren.

Herr Wellmann fragt nach, ob für die neu aufzunehmenden Flüchtlinge ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.

Frau Müller-Preinesberger bejaht diese unter der Prämisse, dass 130 Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden und alle geplanten Plätze in Unterkünften besetzt werden können.

Herr Schüler bekräftigt, dass es keine Verpflichtung zu Gemeinschaftsunterkünften gebe. Jedoch sollte man zum einem den einmaligen investiven Zuschuss des Landes bedenken und zum anderem auch die höheren

Kosten, die eine Wohnung mit sich bringt. Zumal in Potsdam kaum freie Wohnungen vorhanden sind, die dann noch zur Flüchtlingsunterkunft geeignet seien.

Herr Hinze fragt nach der Höhe des investiven Zuschuss des Landes.

2.300 Euro erhält Potsdam je NEU geschaffenen Flüchtlingsplatz in Gemeinschaftsunterkünften. Frau Müller-Preinesberger weist aber noch einmal dringlichst darauf hin, dass nicht alle freistehenden Wohnungen geeignet sind. So müsse man aufgrund von sozialer Verantwortung und unter Berücksichtigung des stadtgesellschaftlichen Gleichgewichts u.a. von „Luxuswohnungen“ Abstand nehmen. Außerdem müssen sich Flüchtlinge wie „jeder andere“ auch um Wohnungen bewerben.

Herr Kirsch fragt nach, wie zurzeit die Aufteilung am Wohnungsmarkt sei (private / kommunale Vermieter).

Frau Müller-Preinesberger antwortet, dass schätzungsweise 90 % der Wohnungen aus dem Bestand der Pro Potsdam stammen.

Herr Kirsch hätte gerne gewusst, ob es Ansprechpartner für private Vermieter in der Landeshauptstadt Potsdam gäbe.

Herr Jekel (Bereichsleiter Wohnen) ist der richtige Ansprechpartner.

Herr Heuer fragt nach, wie sich der Übergangsprozess gestaltet. Wann bzw. wie erfolgt der Umstieg von der Finanzierung zur Selbstfinanzierung?

Frau Müller-Preinesberger führt aus:

1. Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften
 2. Bewerben für Wohnungen
 3. Berufstätigkeit (+) und anerkannter Status = „normaler“ Bürger – kein Flüchtlingsstatus mehr
- } Asylgeld oder
} Geld nach SGBII

Herr Krämer bittet Frau Müller-Preinesberger bei dem 1. Flüchtlingsgipfel am 23.01.2015 dafür Sorge zu tragen, dass der 2. Flüchtlingsgipfel mit Vertretern von Vereinen etc. zeitnah stattfindet.

Herr Heuer dankt Frau Müller-Preinesberger für die ausführliche Darstellung zur Problematik Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Potsdam.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Wiedervorlagen

zu 5.1.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/1088

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ausschüsse und OBR

Die Vorlage wurde **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

zu 5.1.2 Zukunftsprogramm 2019

Vorlage: 14/SVV/1090

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Zukunftsprogramm 2019 wird mit den Maßnahmen, die bereits im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind, umgesetzt. (Anlage, Tabelle 1)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, die noch nicht im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind (Anlage, Tabelle 2) vorzubereiten. Soweit die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist, sind entsprechende Beschlussvorlagen vorzulegen.

Hinsichtlich der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, zu denen derzeit ein Haushaltseffekt nicht quantifiziert ist (Anlage, Tabelle 3), wird der Oberbürgermeister mit der weiteren Prüfung und Umsetzung beauftragt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weitere Maßnahmevorschläge aus der gemeinsamen Klausur mit den Fraktionen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit zu prüfen:

- Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Hebesatzpunkte (2,2%);
- Die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer;
- Allgemeine Regelung zur Dynamisierung bei Gebührensatzungen und Entgeltordnungen der Landeshauptstadt Potsdam;
- Keine Fortsetzung der finanziellen Beteiligung der LHP am Unterhaltungsaufwand der SPSP (13/SVV/0283) über den Vertragszeitraum hinaus
- Variante zum Maßnahmevorschlag GB 1-10 (Nutzungsverantwortung Vereine)

Die Stadtverordnetenversammlung wird über den Prüf- und Umsetzungsstand des Zukunftsprogramms 2019 jährlich informiert.

zu 5.1.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015

Vorlage: 14/SVV/1045

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR

Herr Heinzel hat Fragen zum Wirtschaftsplan vom KIS.

Herr Richter (Werksleiter KIS) wird beim nächsten Termin des

Finanzausschusses anwesend sein. Fragen möchten bitte vorab an Herrn Richter zur Vorbereitung geschickt werden.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015.

zu 5.1.4 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 14/SVV/1044

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
KOUL, SBV, HA, OBR

Herr Prof. Dr. Meyerhöfer hätte gerne die Bedarfskalkulation zur Entwicklung der Fahrgäste. Er geht von einer zu optimistischen Entwicklung der Fahrgastzahlen aus.

Herr Linke unterstützt Herrn Prof. Dr. Meyerhöfer.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, empfiehlt Herrn Prof. Dr. Meyerhöfer seine Fragen zu präzisieren und diese der Verwaltung vorab zur Verfügung zu stellen, damit entsprechende Antworten bereitgestellt werden können.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Erweiterung/Anpassung der ÖPNV Infrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt ist ein Verkehrsinfrastrukturpaket mit einem Volumen von 49,2 Mio. € vorgesehen.
2. Die einzelnen Maßnahmen
 - a) Straßenbahnstreckenerweiterung "Nordast" von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee,
 - b) Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee,
 - c) Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck),
 - d) Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden (12 Wagen),
 - e) Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen inkl. Anpassung der Werkstätten, werden umgesetzt.
3. Die Finanzierung erfolgt durch:
 - a) ca. 2,1 Mio. €/a, die die Landeshauptstadt Potsdam für Investitionsmaßnahmen aus den ÖPNV-Zuweisungen des Landes Brandenburg erhält;
 - b) einmalig 13,6 Mio. € aus zusätzlichen Schlüsselzuweisungen der LHP, welche zielgerichtet für die Aufwendungen einer wachsenden Stadt eingesetzt werden;
 - c) Aufnahme von Fremdmitteln, welche, sofern sie außerhalb des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden, durch diese zu refinanzieren und möglichst in Form von

Kommunalbürgschaften unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Kriterien und vorbehaltlich einer kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung zu besichern sind.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Abstimmung und Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes sowie zur Sicherung der daraus entstehenden Betriebs- und Folgekosten mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Stadtwerke Potsdam GmbH ergänzende vertragliche Regelungen zu vereinbaren

zu 5.1.5 "Nette Toilette"
Vorlage: 14/SVV/0928
Fraktion DIE LINKE
HA

Herr Krämer schlägt vor den Antrag in einen Prüfauftrag zu ändern. Man müsse feststellen was günstiger sei: Neubau oder die Nutzung von Toiletten der Gastronomie.

Herr Frerichs (Bereichsleiter 932 – Wirtschaftsförderung) merkt an, dass es in der Potsdamer Innenstadt 8 öffentliche Toiletten gebe.
Die Belange / Befindlichkeiten der Gastronomen sollten im Vorfeld durch z.B. eine Befragung abgeklärt werden.

Frau Müller fragt nach, ob dieses innerhalb einer Woche umsetzbar wäre.
Herr Frerichs verneint diese.

Der Ausschussvorsitzende lässt abstimmen.

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Gastronomen und Einzelhandelseinrichtungen Gespräche zuzuführen, in denen sie sich bereit erklären, ihre Toiletten für die öffentliche Nutzung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Potsdam erklärt sich bereit, im Gegenzug anteilig Kosten für die Reinigung zu übernehmen.

Eine entsprechende Vereinbarung ist mit Gastronomen und Einzelhandelsunternehmen durch den Oberbürgermeister vorzubereiten.

Die Vereinbarung wird dem Hauptausschuss in seiner Sitzung im Dezember 2014 vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	1

zu 5.1.6 Atelierprogramm
Vorlage: 14/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE
KW, HA

Frau Müller bringt den Änderungsantrag ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der **zur** Unterstützung für die der Bildenden Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam **Möglichkeiten ein-** Programm der Wirtschaftsförderung aufzulegen **aufzuzeigen**, das es Bildenden Künstlerinnen und Künstlern als Teil der Kreativwirtschaft ermöglicht, sich in Potsdam anzusiedeln bzw. in Potsdam zu bleiben.
~~Dafür ist bei der Wirtschaftsförderung ein Förderpool einzurichten.~~
~~Über die konkrete Verfahrensweise ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 zu berichten.~~
Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 ein Vorschlag vorzulegen.“

Der **geänderte** Antrag wird **angenommen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der **zur** Unterstützung für die der Bildenden Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam **Möglichkeiten ein-** Programm der Wirtschaftsförderung aufzulegen **aufzuzeigen**, das es Bildenden Künstlerinnen und Künstlern als Teil der Kreativwirtschaft ermöglicht, sich in Potsdam anzusiedeln bzw. in Potsdam zu bleiben.
~~Dafür ist bei der Wirtschaftsförderung ein Förderpool einzurichten.~~
~~Über die konkrete Verfahrensweise ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 zu berichten.~~
Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 ein Vorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.2 Beschlussvorlage

zu 5.2.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche
Vorlage: 14/SVV/1058

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, führt aus, dass kein städtisches Geld für den Bau der Garnisonkirche verwendet wird.
Herr Linke stimmt dem nur insofern zu als das die Garnisionskirche indirekt städtische Gelder bekommt.

Es wird abgestimmt.

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es sollte kein städtisches Geld für die Wiedererrichtung des Stadtkanals oder der Garnisonkirche bereitgestellt werden. Die Baukosten sollten von denjenigen übernommen werden, die sie haben wollen. Dazu zählt auch die Übernahme der jährlichen Nebenkosten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

zu 5.2.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 2 Kein Kauf und Abriss des Hotels "Mercure"

Vorlage: 14/SVV/1059

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schüler stimmt dafür keine Gelder zum Abriss bereitzustellen.

Herr Heuer und Herr Heinzel unterstützen diese Auffassung in dem sie ausführen, dass auch keine Gelder für den Abriss im Haushaltsentwurf 2015/2016 eingeplant sind.

Herr Linke schlägt vor den 2. Satz des Antrages zu streichen.

Es wird über den geänderten Antrag abgestimmt.

Der Antrag wird **geändert beschlossen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam sollte keine Steuergelder zum Ankauf des Mercure Hotel verwenden, um es abzureißen. ~~Solche sollte DDR-Architektur im Zentrum von Potsdam erhalten bleiben, auch wenn es nicht jeden gefällt.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.2.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 3 Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen

Vorlage: 14/SVV/1060

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Ausschussvorsitzende führt aus, dass die Landeshauptstadt Potsdam in der Festlegung der Höhe von Bußgeldern nicht frei sei. Man habe geltendes Recht zu beachten.

Daher plädiert er für einen Prüfauftrag um herauszufinden in welchen Gebieten man noch Spielraum zur Erhöhung habe.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Damit Potsdam das Wachstum finanzieren und erfolgreich meistern kann, sollten Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten auf Grund von Umweltverschmutzung, wie weggeschmissenen Zigaretten, Kleinmüll, Hundekot oder Müllablagerungen im Wald drastisch erhöht werden. Auch die Schneeräumpflicht von Grundstückseigentümern sollte stärker kontrolliert und entsprechend erhöht werden. Hohe Strafgebühren sollten eine Lehre sein.

**zu 5.2.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben
Vorlage: 14/SVV/1061**

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Linke führt aus, dass über den ersten Satz nur abgestimmt werden sollte.

Es wird abgestimmt.

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam soll die Grundstücke auf dem Vorplatz des Babelsberger Parks nicht an die Schlösserstiftung übergeben. Stattdessen sollte der gesamte Grünstreifen zwischen Nutheschneelstraße und Park Babelsberg an den Verein SV Concordia Nowawes verkauft oder verpachtet werden. Durch eine Übergabe an einen gemeinnützigen Kinderfußballverein kann eine Freizeitnutzung für Sport und Erholung sicherstellen. Die Fläche sollte zur Nutzung für den Freizeitsport erhalten und behutsam entwickelt werden. Eine Verpachtung oder ein Verkauf würde zusätzliche Finanzmittel in die Stadtkasse bringen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

**zu 5.2.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 5 Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1062**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Exner führt aus, dass die Anhebung bis zu 70.000 Euro mehr Einnahmen erbringen könnte. Er unterstreicht aber auch, dass man sich mit der Erhöhung auf 20 % am oberen Ende befände.

Herr Linke fragt nach, ob die Zweitwohnsitzsteuer auch für Internate, Wohnheime oder auch Campingplätze anfallen würde.

Herr Schmidt (Bereichsleiter 116 – Steuern) erläutert, dass diese Steuer nur für Wohnraum ab 23qm anfallen würde. Somit würden Lauben in Bundeskleingärten (wenn sie unter 23qm sind) nicht unter die Zweitwohnsteuer fallen.

Frau Dr. Ullrich erwidert, dass diese Erhöhung in keinem gerechtfertigten Aufwand-Nutzen-Verhältnis stehe und Bürger eher „schwarz“ wohnen als sich anzumelden.

Herr Krämer unterstützt den Antrag und sieht keine Gefahren für den Mittelstand, da dieser oft den Hauptwohnsitz in Potsdam habe.

Es wird abgestimmt.

Der Antrag wird **ungeändert beschlossen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Zweitwohnsitzsteuer könnte von derzeit 15 auf 20% angehoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	0

zu 5.2.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 6 Tierheim fördern

Vorlage: 14/SVV/1063

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es sollte die zügige Einrichtung und Förderungen eines Potsdamer Tierheims stattfinden

zu 5.2.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 7 Radfahren attraktiv und sicher machen

Vorlage: 14/SVV/1064

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf den Bürgerhaushaltsvorschlag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Der Antrag wird **geändert beschlossen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlages vorzunehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vorgeschlagen wird das Radfahren in Potsdam attraktiv und sicher zu machen.
Dazu braucht es:

- eine Entkoppelung von den vorrangig vom Autoverkehr geführten Straßen,

- ein Anpassung der Ampelphasen zur "Grünenwelle" auf Radfahrgeschwindigkeit (25 km/h),
- Schnellfahrradweg mit Verbindung von Süd nach Nord,
- Trennung der Ampeln von Fußgängern und Radfahrern,
- mehr Fahrradabstellmöglichkeiten am Bahnhof und in der Innenstadt,
- ausreichend breite Markierungen, damit die Radfahrer einen guten Schutzraum erhalten (Bsp. Feuerbachstraße),
- Entschärfung der Gefahrenstelle für Radfahrer und Fußgänger am Landtag,
- glatter Radfahrstreifen auf Kopfsteinpflasterstraßen,
- Verbindung des Radweges zwischen der Lange Brücke am Anleger zur Speicherstadt und Richtung Hermannswerder mit Anschluss des Radweges Richtung Caputh.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 5.2.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 8 Erhalt und Förderung des 'Extavium'

Vorlage: 14/SVV/1065

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das wissenschaftliche Mitmachmuseum „Extavium“ ist als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft und äußerst attraktives Ausflugsziel ein Magnet für die Bürger und die Besucher der Stadt Potsdam. Das Extavium wird bisher nicht institutionell gefördert. Daher wird vorgeschlagen, dem „Extavium“ finanzielle Mittel per anno zur Verfügung zu stellen, welche zum Beispiel mit den Mietlasten korrespondieren.

zu 5.2.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr

Vorlage: 14/SVV/1066

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Potsdam sollte die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht werden. Hierbei werden unterschiedliche Herangehensweisen vorgeschlagen: Kostenlose Nutzung der Straßenbahnen, kostenlose Nutzung des

Nahverkehrs für Seniorinnen und Senioren (bspw. über 75 Jahren) oder Schülerinnen und Schüler (Transfer vom Heimweg zur Schule) oder die kostenlose Nutzung in bestimmten Bereichen, wie der Innenstadt. Dieser Anreiz würde die chaotische Verkehrslage und Potsdams Straßen deutlich entlasten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 0

**zu 5.2.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 10 Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen
Vorlage: 14/SVV/1067**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit eines Kindes ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Um Chancengleichheit für alle Kinder zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich eine kostenlose Essensversorgung in Kitas und Schulen anzubieten

**zu 5.2.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 11 Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen
Vorlage: 14/SVV/1068**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich geringfügig abmildern. Und nicht nur in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen.

**zu 5.2.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 12 Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)
Vorlage: 14/SVV/1069**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gefordert wird mehr Sauberkeit in Potsdam. Dazu sollten folgende Möglichkeiten genutzt werden:

1. Mehr krähensichere Papierkörbe (in Babelsberg und Waldstadt),
2. Häufigerer Leerungsrhythmus,
3. Finanzielle Beteiligung „müllintensiverer“ Unternehmen (McDonalds),
4. Werbekampagne zur Müllvermeidung,
5. Mehr Hundekot-Stationen in Potsdam.

zu 5.2.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten

Vorlage: 14/SVV/1070

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Herr Linke erachtet den ersten Satz als sinnvoll. (Der Volkspark soll erhalten bleiben).

Herr Heinzel führt aus, dass es für dieses Gebiet einen Bebauungsplan gebe, der von Anfang an bekannt gewesen sei. Dieser müsse eingehalten werden.

Frau Dr. Ullrich stimmt Herrn Heinzel insofern zu, als dass die ursprüngliche Idee wieder umgesetzt werden müsse, wenn die entsprechende Zeit abgelaufen sei.

Es wird abgestimmt.

Die Vorlage wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Volkspark muss in seinen Umfängen inkl. Biophäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Schaffung eines Baseballfeldes. Bisher gibt es davon nur eines in Potsdam. Es sollte im Park mehr Sitzecken geben. Man kann auch über Kneippbäder nachdenken. Es gibt im Potsdamer Norden immer weniger Spielplätze und Freiflächen durch eine maßlose Bebauung. Die Parkplätze werden immer weniger. Hier findet momentan einer Zerstörung der Wohnqualität statt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	2

zu 5.2.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 14 Hort- und Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung

Vorlage: 14/SVV/1072

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es wird die professionelle Schulanschluss- und Freizeitbetreuungen für Kinder mit geistiger Behinderung vorgeschlagen. Ziel ist die Entlastung der Familien und der Teilhabe der Kinder am allgemeinen Leben. Bisher fehlt der Blick auf das große Ganze. Eine gute Förderung und Inklusion für geistig behinderte Kinder - besonders an den Nachmittagen - kann helfen, ein höheres Maß an Selbstständigkeit zu erlangen. Das bedeutet später ein geringerer Hilfebedarf.

zu 5.2.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs
Vorlage: 14/SVV/1073

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen verständigen sich darauf den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Die Vorlage wird **geändert beschlossen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlages vorzunehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vorgeschlagen wird eine verbesserte Planung der öffentlichen Nahverkehrs unter Einbeziehung folgender Hinweise:

1. Einrichtung einer direkten Busverbindung von Eiche/Golm und Bornim
2. Bessere Anbindung Eiche an den öffentlichen Nahverkehr, bspw. über eine Busspur
3. Nachtverkehr: Verbindungen auch nach 20 Uhr aufrechterhalten
4. Anschlüsse des Potsdamer Öffentlichen Nahverkehrs an das Bahnnetz verbessern
5. Busse 609 und 695 zukünftig über Jägerallee fahren lassen
6. Busse 605 und 606 im engeren Stadtgebiet unterschiedliche Routen fahren lassen (bspw. über Friedenskirche)
7. Nahverkehr von und nach Marquardt: werktags halbstündig, am Wochenende

stündlich

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5.2.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 16 Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Potsdamer Schulen

Vorlage: 14/SVV/1074

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Exner führt aus, dass dieser Antrag auf Grundlage des beschlossenen IT-Investitionsplans schon in Umsetzung sei.

Die Vorlage wird somit **zur Kenntnis genommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den optimalen Unterricht wünschen sich Potsdamer Schüler/innen dringend eine bessere Ausstattung ihrer Schulen insbesondere mit Technik und neuen Medien.

zu 5.2.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord

Vorlage: 14/SVV/1075

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Steiner (Bürgerin Potsdams) führt aus, warum es enorm wichtig für Potsdam sei eine Entlastungsstraße für Potsdam Nord zu bauen.

Herr Heinzel ergänzt, dass das Potsdamer Verkehrskonzept ungenügend sei. Der individual Verkehr in Potsdam würde nicht weniger sondern mehr werden. Somit sei eine Umgehungsstraße sinnvoll.

Herr Linke führt aus, dass eine Umgehungsstraße nur sinnvoll wäre, wenn man einen gesamten „Potsdamer Ring“ errichten würde.

Die Problematik „Individualverkehr“ müsse anders gelöst werden. Dabei solle man sich an Städten wie Stockholm oder Amsterdam orientieren.

Herr Weber ergänzt, dass die Annahme dieser Vorlage in einem Widerspruch zum Potsdamer Stadtentwicklungskonzept stehe.

Die Vorlage wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gefordert wird eine Entlastungsstraße für Potsdam. Es ist leichtsinnig und unverantwortlich, wenn die Grundstücke einer möglichen Entlastungsstraße im Norden weggegeben werden und sich somit Potsdam die Zukunft verbaut. Es sollte zumindest die Option einer Entlastungsstraße für die nächsten Generationen offen gehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

**zu 5.2.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18 Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen
Vorlage: 14/SVV/1076**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass der Bürgervorschlag von der Verwaltung geprüft werden soll.

Die Vorlage wird **geändert beschlossen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Prüfung des folgenden Bürgervorschlages vorzunehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kosten für "Barcelona" (Ziel Herstellung barrierefreier Wege) sollten auf die Hälfte des jährl. Budgets des Radfahrkonzepts erhöht werden. Konkret betroffen sind unter anderem folgende Bereiche: Potsdam West (Umfeld des Bahnhofs Charlottenhof bis zum Gehweg im Bogen), Innen- und Berliner Vorstadt (Heilig-Geist- und Ludwig-Richter-Straße), Uferweg zwischen Humboldtbrücke und Eingang Babelsberger Park, Fahrland (Priesterweg) sowie Kartzow und Krampnitz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 5.2.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19 Förderung Nachbarschaftshaus 'Scholle 34'
Vorlage: 14/SVV/1077**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Linke ist für eine finanzielle Unterstützung des Projektes.

Herr Heinzel merkt an, dass man sich nicht nur auf ein Projekt konzentrieren sollte und schlägt eine Umwandlung in einen Prüfauftrag vor.

Die Vorlage wird **ungeändert beschlossen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die ehemalige Großgaststätte „Charlottenhof“ soll nach vielen Jahren Leerstand wiederbelebt werden - als Nachbarschaftshaus für alle Menschen im Stadtteil und darüber hinaus. Nach einer Ideenwerkstatt des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West im November 2013, hat eine daraus hervorgegangene Arbeitsgruppe ein Konzept für die „Scholle 34“ erstellt (www.scholle34.de). Ziel dieses Vorschlags ist eine

ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung der Stadt Potsdam für die Sanierung des Hauses. Im Jahr 2015 und 2016 soll das Außengelände der „Scholle 34“ mit vielfältigen Nutzungsbereichen in Eigenarbeit gestaltet werden, wofür Material und Werkzeug benötigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.2.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20 Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden

Vorlage: 14/SVV/1078

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Exner führt aus, dass Anlagen für den Schulsport gebaut werden.

Herr Linke erläutert, dass der Norden Potsdam mit Sportanlagen unterversorgt sei.

Wenn die Landeshauptstadt das Motto habe „Potsdam bewegt sich“, sollte man auch etwas dafür tun und u.a. der Vereinssport fördern in dem man wettkampftaugliche Sportareale zur Verfügung stellt.

Herr Krämer bekräftigt, dass die Maße von Schulsportfeldern denen eines Wettkampffeldes entsprechen sollte.

Herr Exner fragt nach der Finanzierung. Das Land bezuschusst nur Sportanlagen, die dem Schulsport dienen und die entsprechenden Maße haben.

Herr Heuer sieht diesen Vorschlag durch das Schulentwicklungsprogramm schon in Umsetzung.

Herr Linke ist der Meinung, dass Schulsport und wettkampftaugliche Sportfelder zwei voneinander unabhängige Beschlüsse benötigen.

Herr Exner schlägt vor Herrn Richter bei der nächsten Ausschusssitzung zu diesem Thema zu befragen.

Die Vorlage wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Potsdamer Norden sind die infrastrukturellen Bedingungen für den Breiten- und Vereinssport absolut unzureichend. Dringend notwendig ist die Errichtung einer wettkampftauglichen Sportstätte, die neben dem Schulsport auch für den Vereinssport (mit dem Schwerpunkt Fußball) genutzt werden kann. Parallel dazu ist eine Erneuerung der vorhandenen Sportanlage an der Kirschallee (Kunstrasen und Erweiterung) erforderlich.

zu 6 Sonstiges

Herr Heuer erinnert noch einmal an den Abgabetermin für Änderungsvorschläge der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2015/2016 zum 30.01.2015.

Außerdem stellt er einen Sondersitzungstermin zur abschließenden Beratung des Haushaltsentwurfes 2015/2016 in Aussicht.

Herr Dr. Stark ermahnt alle Anwesenden, dass Vorlagen immer nur unter finanziellen Gesichtspunkten betrachtet werden sollten.